

Linksextremismus in Deutschland: Gefährdungspotenziale, Ideologie, Erscheinungsformen

Thorsten Winkelmann/Tom Thieme

Zusammenfassung

Der Beitrag arbeitet zunächst die ideologischen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der verschiedenen linksextremistischen Spielarten heraus, deren gemeinsames Ziel die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft ist. Als Streitfall wird in Kapitel 2 die Partei „Die Linke“ behandelt, deren extremistischer Teil die wichtigste Kraft im parteiförmigen Linksextremismus nach 1990 darstellt. Der dritte Teil widmet sich dem nichtparteiförmigen Extremismus, der ganz unterschiedliche Erscheinungsformen vereint, lose organisiert ist und für einen Großteil der linksextremistischen Straftaten verantwortlich ist. Welche allgemeinen Gefährdungspotenziale der Linksextremismus aufweist und welche Entwicklungen künftig zu erwarten sind, wird abschließend bilanziert.

1. Ideologie

Unter dem Dach Linksextremismus sammeln sich unterschiedliche ideologische Strömungen, denen ein identitätstheoretisch geprägtes Gesellschaftsmodell zu Grunde liegt – gemeint ist die Vorstellung einer Interessenübereinstimmung von Regierenden und Regierten. Da das Gemeinwohl in Form einer kapitalismus- bzw. herrschaftsfreien politischen Ordnung von vornherein festgelegt sei, werden Pluralismus und Wettbewerb, wenn überhaupt, in begrenztem Maße zugestanden.¹ Ein umfassender Gleichheitsanspruch überlagert bzw. nivelliert das Prinzip der individuellen Freiheit. Als Gemeinsamkeit der meisten linksextremistischen Strömungen gelten ferner die grundsätzliche Kapitalismuskritik und der Antifaschismus. Beide Feindbilder gehen Hand in Hand. So richtet sich der Faschismusvorwurf vornehmlich gegen die herr-



Prof. Dr. Tom Thieme
Hochschule der Sächsischen Polizei (FH)
Professur für Gesellschaftspolitische Bildung



Dr. Thorsten Winkelmann
Institut für Politische Wissenschaft
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

schenden Zustände und die Repräsentanten des Staates, etwa gegen Polizisten und gewählte Volksvertreter.²

Trotz dieses gemeinsamen Nenners existieren in der Praxis ganz unterschiedliche linksextremistische Phänomene, die sich zum Teil widersprechen, zum Teil in unmittelbarer Konkurrenz zueinander stehen. Die beiden bekanntesten Varianten, von denen aus sich weitere Spielarten differenzieren lassen, sind der Kommunismus und der Anarchismus. Während der Anarchismus jede Form von Herrschaft aus prinzipiellen Überlegungen ablehnt, bekämpfen Kommunisten weniger den Staat an sich als vielmehr die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die wiederum weitgehend gleichgesetzt wird mit den meisten Formen der (sozialen) Marktwirtschaft. Gerade staatliche Institutionen sind nach erfolgreicher Revolution aus ihrer Sicht erforderlich, um eine sozialistische Gesellschaft inklusive eines umfassenden (Um-)Erziehungsprogramms aufzubauen. Um das Ziel im Namen von „sozialer Gleichheit“ zu verwirklichen, werden dabei in unterschiedlicher Intensität Demokratie und Menschenrechte, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit zur Disposition gestellt, mithin die Regeln der offenen Gesellschaft verletzt.

Die Kritik am Kapitalismus als Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftsordnung erfolgt ebenfalls im Rahmen einer exklusiv – d. h. als allein richtig – angelegten marxistischen Gesellschaftsanalyse. In diesem Sinne vollziehe sich die Entwicklung der Menschheit in vorhersehbaren Bahnen: von der Urgesellschaft zur Sklavenhaltergesellschaft und dem Feudalismus über den Kapitalismus bis hin zum Sozialismus und Kommunismus. Dieser quasi naturgesetzliche stufenartige Verlauf sei geprägt von ökonomisch determinierten Klassenkämpfen, weshalb mit linksextremistischem Gedankengut immer ein konfliktives Denken in Freund-Feind-Kategorien, Intoleranz und Diskriminierung gegenüber abweichenden Meinungen einhergeht. Kompromisse, gar Zweifel an diesen Gesetzmäßigkeiten gelten vielfach als Verrat. In der marxischen Terminologie stünden sich im Kapitalismus die Besitzer der Produktionsmittel („Bourgeoisie“) und die Arbeiter („Proletariat“) mit unvereinbaren sozialen Interessen gegenüber. Da Unternehmer infolge ihres inhärenten Gewinnstrebens eine wachsende Verarmung und Verelendung der Arbeiterklasse verursachen, komme es zur Revolution und zum Übergang zum Sozialismus. Die „Diktatur des Proletariats“, bei der die Produktionsmittel nicht mehr in Privat-, sondern im Kollektivbesitz sind, erscheint hier als logische Alternative zur kapitalistischen Wirtschaftsweise.

Ob „antikapitalistisch“ jedoch zwangsläufig „antidemokratisch“ bedeutet, ist umstritten, da erstens eine demokratische Grundordnung – zumindest theoretisch – nicht unvereinbar sein muss mit einer kollektiven Produktionsweise, und da zweitens auch kapitalismuskritische Ansätze innerhalb der pluralen Demokratien zulässig sind. Sowohl Kapitalismuskritik als auch Sozialismusforderungen können folglich demokratischer wie extremistischer Natur sein.³ Wichtiger scheint in diesem Zusammenhang, wie eine sozialistische Alternative demokratisch aussähe und mit welchen Mitteln sie erreicht werden soll. Der Unterschied zwischen demokratischen und extremistischen Kapitalismuskritiken und Sozialismusforderungen liegt in der Bedeutung individueller Freiheiten und Rechte gegenüber der kollektiven Anpassung und Integration. Im Gegensatz zu demokratischen Positionen kennzeichnet den Linksextremismus ein allum-

fassender Wahrheitsanspruch kommunistischer bzw. sozialistischer Ideale, dessen vollständige Durchsetzung die Unterordnung des Einzelnen erfordert. Auch die Frage, was mit der sozialistischen Ökonomie passiert, sollte sich die Utopie von einem besseren Leben nicht einstellen und die Mehrheit der Menschen gegen das (Wirtschafts-)System opponieren, lässt zumindest eine theoretische Unterscheidung einer demokratischen und einer extremistischen Sozialismuskonzeption zu. Dem steht die Praxis gegenüber – in keinem Land der Welt ging oder geht eine sozialistische Wirtschafts- mit einer demokratischen Staatsform einher. Der Hinweis auf die Unterschiede zwischen der marxistischen Theorie und der sozialistischen Herrschaftspraxis ist folglich ebenso richtig wie apologetisch. So läuft die praktische Umsetzung immer auf ein autoritär-repressives Regime mit stark zentralistischen Zügen hinaus. Armin Pfahl-Traughber weist darauf hin, dass bereits in der marxistischen Theorie mit ihrem Anspruch auf Exklusivität und der Unfehlbarkeitsannahme der Gesellschaftsanalyse eine „antidemokratische und pro-diktatorische Politikkonzeption legitimiert“⁴ wird. Vor allem der Absolutheitsanspruch linksextremistischen Denkens bedroht die freiheitliche demokratische Grundordnung. Gleichwohl sorgt gerade der hochgradig entwickelte Dogmatismus dafür, dass es im linksextremistischen Spektrum zu zahlreichen Abspaltungen und Neugründungen kommt, was diesen Bewegungen viel von ihrer politischen Durchschlagskraft nimmt. Überspitzt formuliert: Statt Gemeinsamkeiten wie die Abschaffung der kapitalistischen Ordnung oder die revolutionäre Veränderung der bestehenden Verhältnisse zu verfolgen, befasst sich das linksextremistische Milieu, sei es parteiförmig oder anderweitig organisiert, eingehend mit den eigenen ideologischen Unterschieden, verstrickt sich dabei in ständige Grabenkämpfe, wodurch seine Teile ins politisch Unbedeutende und Sektenhafte abgleiten.

2. Parteiförmiger Linksextremismus nach 1990: Streitfall DIE LINKE

Nach dem Ende des ersten „Arbeiter- und Bauernstaates“ auf deutschem Boden schien der parteiförmige Linksextremismus im wiedervereinigten Deutschland keine Zukunft mehr zu haben. Vielmehr bezeugten die ökonomischen wie ökologischen Folgen des real existierenden Sozialismus die Überlegenheit der sozialen Marktwirtschaft. Doch die Friedliche Revolution produzierte nicht nur objektive, sondern auch subjektive Transformationsverlierer (SED-Funktionselite, ehemalige Mitarbeiter der „bewaffneten Kräfte“ usw.), die sich weiterhin in der SED/PDS sammelten. Lange Zeit tobte ein in der Publizistik, Wissenschaft und tagespolitischen Auseinandersetzung ausgetragener Streit, ob die SED/PDS bzw. später die unter Einschluss der „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG) entstandene Partei DIE LINKE verfassungsfeindlich sei oder nicht.⁵ Drei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer wird die Frage nach dem antidemokratischen Charakter der LINKEN indes kaum noch gestellt, allenfalls einzelner Zusammenschlüsse innerhalb der Partei.

Laut Aussagen des Bundesministeriums des Inneren sind in der Partei „offen extremistische Strukturen“ in einer Größenordnung von ca. 4.200 Personen beheimatet.⁶ Als radikale Gruppierungen innerhalb der Linkspartei zählen u.a. die „Kommunisti-

sche Plattform“ (KPF), die „Sozialistische Linke“ (SL), die zur Solidarität mit Fidel Castro eingerichtete „Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí“ (Cuba Sí), die in losen Netzwerken organisierte „Antikapitalistische Linke“ (AKL), das sich mehrheitlich an orthodoxe Kräfte richtende „Marxistisches Forum“ (MF), „Geraer/Sozialistischer Dialog“ (GSoD) und das trotzkistische Netzwerk „Marx21.“ Sie alle zielen auf eine Überwindung der freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung, stellen die parlamentarische Demokratie und den Rechtsstaat in Frage.

Neben diesen Zusammenschlüssen, die personelle Schnittmengen zur militanten, gewaltbereiten, nichtparteilich organisierten „Szene“ aufweisen, bleibt die Verfassungstreue einiger Führungsmitglieder in der Partei zweifelhaft. Eine kleine Auswahl: Sarah Wagenknecht, deren Mitgliedschaft in der Kommunistischen Plattform lediglich ruht, will sämtliche DAX-Konzerne vergesellschaften. Die damalige Parteivorsitzende Chefin Gesine Löttsch sinnierte 2011 öffentlich „über Wege zum Kommunismus“⁷, Christel Wegner, ehemalige niedersächsische Landtagsabgeordnete der Linken und Gründungsmitglied der DKP, sprach 2008 davon, dass zur Errichtung einer neuen Gesellschaftsform die Wiedereinführung der Staatssicherheit (Stasi) erforderlich sei.⁸ Der ehemalige und nunmehr aus der Partei ausgetretene Spitzenkandidat in Hessen Pit Metz verglich den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze mit dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Gregor Gysi weigerte sich, die DDR einen Unrechtsstaat zu nennen. So mahnte Ex-Bundespräsident Joachim Gauck – den der damals im Brandenburger Landtag und nunmehr im Bundestag sitzende Abgeordnete Norbert Müller schon mal einen „widerlichen Kriegstreiber“ nannte – zur umfassenden Aufarbeitung der SED-Vergangenheit. Parteinahе Publikationen verbreiten geschichtsrevisionistische Auffassungen – auch wenn sich Die Linke formal vom Stalinismus (nicht vom Kommunismus) in der DDR distanziert.⁹ Auch bietet die Partei ehemaligen Inoffiziellen Mitarbeitern (IMs) der Staatssicherheit eine berufliche Perspektive, wie zwei Abgeordneten im 2014 neu gewählten Thüringer Landtag, die nachweislich für die Stasi gearbeitet haben, oder Andrej Holm, der als Staatssekretär für Stadtentwicklung im rot-rot-grünen Berliner Senat erst nach massiven öffentlichen Protesten zurückgetreten ist.¹⁰ Derartige Altlasten verweisen auf programmatische, personelle und organisatorische Kontinuitäten.

Bedenklich, gleichwohl nicht verfassungsfeindlich, sind darüber hinaus Beziehungen zu kommunistischen Organisationen im Ausland. Im Rahmen des „Proletarischen Internationalismus“ hielt etwa der außenpolitische Sprecher der Linken-Fraktion im Bundestag, Wolfgang Gehrcke (2009-2014), enge Kontakte zur linksterroristischen FARC in Kolumbien. Andere Genossen pflegen im ideologischen Dunstkreis eines radikalen Antiimperialismus intensive Beziehungen zur palästinensisch-islamistischen Hamas und der ebenso Israel-feindlichen Hisbollah im Libanon. In diesem Zusammenhang kann für den Linken-Abgeordneten Norman Paech erst ein Verhandlungsprozess endgültig das Existenzrecht Israels klären.¹¹ Für Ulla Jelpke (MdB) ist die als terroristisch eingestufte kurdische Arbeiterpartei PKK eine auf demokratische Selbstverwaltung abzielende Freiheitsbewegung.¹² Auf dem jüngsten Europaparteitag (23./24. Februar 2019) forderten zahlreiche Delegierte zur unumschränkten Solidari-

tät mit dem amtierenden venezolanischen Machthaber Nicolás Maduro auf. Aus Sicht einiger Abgeordneter stellt überdies die Europäische Union (EU) eine „neoliberale, militaristische und weithin undemokratische Macht“ dar, die „faschistische Parteien, rechtspopulistische Hetzer“ hervorbringt und „Menschenjagd in und an den Grenzen der EU“¹³ betreibt. Innenpolitisch (zumal auf der Landesebene) zumeist pragmatisch agierend, weicht die Partei außenpolitisch vom bestehenden Konsens ab und betreibt eine durch das Grundgesetz jedoch gedeckte Fundamentalopposition.

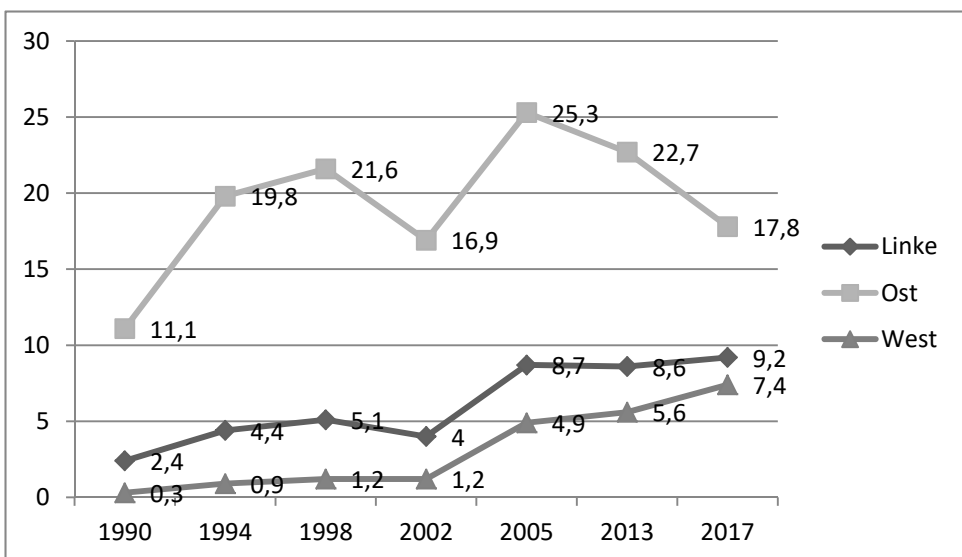
Gleichwohl ist Die Linke eine in den neuen Bundesländern fest etablierte politische Größe. Jenseits mancher verfassungsfeindlichen Rhetorik erweisen sich dort ihre Minister und Parlamentarier in aller Regel als verlässliche, an Sachproblemen orientierte Politiker. Programmatische Mäßigung der ostdeutschen Landesverbände geht mit einer festen elektoralen Verankerung in der Wählerschaft einher und führte zu Regierungsbeteiligungen in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sowie – 2014 erstmals unter einem Ministerpräsidenten (Bodo Ramelow) – in Thüringen. Der Wahlerfolg der Linken, die in den neuen Bundesländern durchaus Merkmale einer Volkspartei aufweist, ist auf ihre pragmatische Tagespolitik in Kommunen und auf Länderebene zurückzuführen und weniger auf „antikapitalistische, antiwestliche und antidemokratische Einstellungen in der ostdeutschen Gesellschaft“, wie Jürgen Lang vermutet.¹⁴ Statt mit scharfer Kapitalismuskritik, die vor allem in den westdeutschen Landesverbänden geäußert wird, gewinnt sie Wahlen mit sozialen Forderungen („existenzsichernder gesetzlicher Mindestlohn“, „sanktionsfreie Mindestsicherung“, „solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege“) – auch wenn die Frage der Finanzierung ungeklärt bleibt.

Das aus extremismustheoretischer Sicht heterogene Erscheinungsbild der Linken verhindert eine eindeutige Zuordnung zum demokratischen oder extremistischen Spektrum. Sie trachtet nicht nach einem gewaltsamen Umsturz, stellt aber Teile der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Frage, weshalb hier eine moderate Form des politischen Extremismus vorliegt. Nach Harald Bergsdorf und Rudolf van Hüllen ist Die Linke „weder eine einwandfrei extremistische noch eine klar demokratische Partei.“¹⁵ Der Verfassungsschutz von Bund und Ländern stoppte folgerichtig Ende 2012 die Beobachtung der Gesamtpartei und beschränkt sich seither auf die Beobachtung nur mehr der offen extremistischen Strukturen der Partei.

Im Unterschied zur Partei Die Linke können DKP („Deutsche Kommunistische Partei“) und MLPD („Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“) eindeutig als verfassungsfeindlich eingeschätzt werden. Wie die Ergebnisse bei Bundestagswahlen von 1990 an zeigen, spielen beide eine zu vernachlässigende Rolle. Selbst zusammengefasst erreichen DKP und MLPD nicht einmal die für die staatliche Parteienfinanzierung wichtige Marke von 0,5 Prozent. Werden Parteimitgliedschaft und Zweitstimmenergebnis bei Bundestagswahlen gegenübergestellt, treffen diese Parteien selbst bei den eigenen Mitgliedern nicht immer auf uneingeschränkte Zustimmung. Kommunale „Hochburgen“ liegen in kleineren Universitätsstädten oder in altindustriell geprägten Regionen. Die bescheidenen Wahlerfolge korrelieren mit der Entwicklung der Parteimitglieder: Von den einst 40.000 DKP-Mitgliedern blieben nach Aussagen der Ver-

fassungsschutzbehörden bis 2018 gerade einmal 3.000 übrig, deren politische Sozialisation in den 1970er und 1980er-Jahren erfolgte. In diesen zeithistorischen Kontext fallen Ereignisse wie die Nachwehen der Studentenproteste, das Entstehen neuer sozialer Bewegungen, die Hausbesetzerszene, der NATO-Doppelbeschluss und die aus diesen Faktoren resultierende Friedensbewegung. Während die DKP eine breitere Basis hatte, finanziell und organisatorisch von der DDR abhängig war, stagniert die MLPD seit ihrer Gründung auf niedrigem Niveau. Mit fallender Tendenz hat sie gegenwärtig noch 1.800 Mitglieder.¹⁶ Die aus dem „Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD) entstandene MLDP kann durchaus als „stalinistische Sekte“¹⁷ bezeichnet werden. In der Parteizeitung „Rote Fahne“ hieß es etwa zum 20. Todestag Erich Honeckers: „Der ehemalige Staats- und Parteichef der bürokratisch-kapitalistischen DDR steht für die kapitalistische Entartung führender Bürokraten, die in der Folge die hoffnungsvollen sozialistischen Anstrengungen in der DDR zunichtemachten. Dies wurde bereits von seinem Vorgänger Walter Ulbricht nach dem Verrat am Sozialismus durch die Chruschtschow-Clique auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 eingeleitet.“¹⁸ Das Programm der MLPD erhellt die Sachlage: „Stalin [hat] nach dem frühen Tod Lenins die Sowjetunion entschlossen auf dem sozialistischen Wege weitergeführt. Dabei wurde jedoch auf den notwendigen ideologischen Kampf gegen die kleinbürgerlich entarteten Vertreter der Bürokratie verzichtet.“¹⁹ Konsequenz zu Ende gedacht reichten aus Sicht der MLPD der von Stalin zu verantwortende Massenmord, die Deportation von Millionen sogenannter Volksfeinde und der Archipel Gulag nicht aus, um den Marxismus-Leninismus zu vollenden.

Abbildung 1: Wahlergebnisse der Partei Die Linke bzw. ihrer Vorgängerorganisationen auf Bundesebene seit 1990 (Angaben in Prozent)



Quelle: Amtliche Wahlstatistik

Tabelle 1: Wahlergebnisse auf Bundesebene in Prozent (in Klammern: Zweitstimmen insgesamt)

	1990	1994	1998	2002	2005	2009	2013	2017
KPD	0,0 (1630)	0,0 (426)	n. a.	0,0 (1624)	n. a.	n. a.	n. a.	n. a.
MLPD	n. a.	0,0 (10038)	0,0 (4731)	n. a.	0,0 (10536)	0,1 (29261)	0,1 (24219)	0,1 (29785)
DKP	n. a.	0,0 (693)	0,0 (2105)	0,0 (3953)	n. a.	0,0 (1894)	0,0 (1699)	0,0 (11558)

Quelle: Amtliche Wahlstatistik

Aufgrund ihrer prekären Finanzlage beteiligen sich sowohl die DKP als auch die MLPD sporadisch an Wahlen. In der Außendarstellung wird weniger die schwierige Finanzsituation oder die fehlende gesellschaftliche Verankerung thematisiert, sondern zum Boykott der Wahlen oder zum „Ungültig“-Stimmen aufgerufen. Parlamentarismus wird von der MLPD pauschal als „Betrug am Volk“ diffamiert, diene dieser doch der Legitimierung der bestehenden Herrschaft. Auch verhindere die „kleinbürgerliche Denkweise“ der Arbeiterschaft einen „richtigen“ Klassenstandpunkt und damit die Wahl der selbsternannten revolutionären Arbeiterpartei. Die anhaltende Erfolgslosigkeit bei Wahlen von DKP, MLPD oder der selten an Wahlen teilnehmenden trotzkistischen „Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale“ (kurz: PSG) – die sich in der Tradition von Karl Marx, Friedrich Engels, Wladimir Iljitsch Lenin, Leo Trotzki und Rosa Luxemburg sieht – verweist auf die fehlende gesellschaftliche Verankerung. Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern erhalten hierzulande marxistisch-leninistische, sozial-revolutionäre bzw. kommunistische Parteien keinen über den Promillebereich hinausreichenden elektoralen Zuspruch. Kampagnen gegen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik, US-Imperialismus, Sozialabbau und den Neoliberalismus werden von der Partei Die Linke abgedeckt.

3. Nichtparteiförmiger Linksextremismus

Die wichtigsten nichtparteiförmigen Strömungen des Linksextremismus in Deutschland finden ihren Ursprung in Splittergruppen der Studentenbewegung der 1960er-Jahre. Das gilt einerseits für den subkulturellen Linksextremismus der Autonomen, andererseits für die linksterroristische „Rote Armee Fraktion“ (RAF). Obwohl die zentralen Figuren der RAF allesamt der 68er-Bewegung angehörten, sind beide Phänomene nicht deckungsgleich – nur eine kleine Minderheit der APO wählte den „bewaffneten Kampf“ als Mittel zur Durchsetzung ihrer revolutionären Ziele, während das Gros Militanz, vor allem gegen Personen, ablehnte.²⁰

Auch die Wurzeln der Autonomen, ideologisch maßgeblich beeinflusst von den links-alternativen Subkulturen aus dem Norden Italiens, gehen organisatorisch auf die Studentenbewegung der 1960er-Jahre und eine ihrer Nachfolgegruppen, die „Sponsitis“, zurück. Ende der 1970er-Jahre formierten sich in Hamburg, Frankfurt und Westberlin erste autonome Gruppen. Sie stammten aus der militanten Anti-AKW-

Bewegung und der Hausbesetzerszene, so im Umfeld des autonomen Zentrums „Rote Flora“ im Hamburger Schanzenviertel oder im alternativen Milieu Berlin-Kreuzbergs.

Als Geburtsstunde der Autonomen gilt die Zusammenkunft von mehr als 10.000 Anhängern in Bremen am 6. Mai 1980, die mit ihrem Protest die Vereidigung von Bundeswehrrekruten verhindern wollten.²¹ Ab Mitte der 1980er-Jahre näherten sich Autonome und terroristische Gruppierungen wie die „Revolutionären Zellen“ und die radikalfeministische Gruppe „Rote Zora“ an. Verbindungen zur RAF spielten nur eine marginale Rolle. Die Bewegung radikalisierte sich – zahlreiche Sprengstoff- und Brandanschläge wurden verübt. Bis heute kennzeichnet die Autonomen ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft, vorwiegend in Form von Sachbeschädigungen. Obschon eine Mehrheit der Autonomen Gewalt gegenüber unbeteiligten Personen ablehnt, gilt dies nicht gegenüber den Feindbildern des Linksextremismus – in erster Linie den Rechtsextremismus und die Polizei.

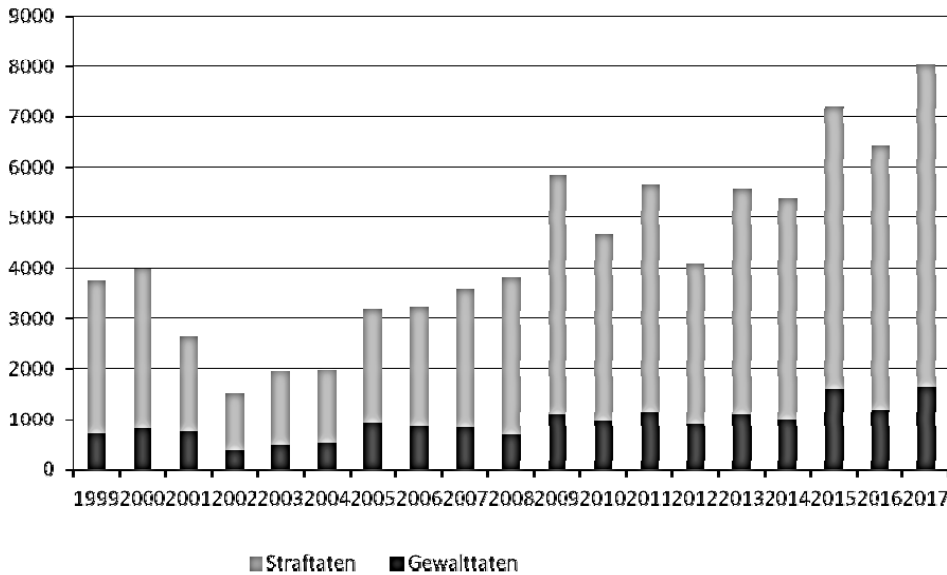
Im Gegensatz zu anderen linken Gruppen haben die Autonomen die Vereinigung Deutschlands weitgehend schadlos überstanden; sie stellen seither die größte Gruppe des gewaltorientierten Linksextremismus, dessen Personenpotenzial auf rund 30.000 geschätzt wird.²² Ihre thematischen Schwerpunkte haben sich seit der Wiedervereinigung deutlich erweitert. Das lag am Hinzukommen neuer Sympathisanten, die mit dem Epochenbruch 1989/90 neue Aktionsfelder wie den Kampf gegen Globalisierung und Gentrifizierung fanden. Zudem wandelten sich die politischen Schwerpunkte: Rechtsextremismus, die Auslandseinsätze der Bundeswehr sowie die Kriege in Jugoslawien und im arabischen Raum wurden zu den zentralen Themen der Autonomen. Zugleich vergrößerte sich ihre organisatorische Heterogenität.

Neben vielerlei Konflikten, zum Beispiel zwischen Hausbesetzern und aus der Friedensbewegung stammenden Umweltschützern, verläuft die wohl wichtigste Trennlinie innerhalb der autonomen Szene zwischen „Antideutschen“ und „Antimperialisten.“²³ Während die „Antideutschen“ wegen ihrer Solidarität mit den Juden als den Opfern des Nationalsozialismus im Nahost-Konflikt auf der Seite Israels stehen (und somit auch auf der Seite der USA), unterstützt das gegnerische Lager den Kampf um Eigenstaatlichkeit der Palästinenser. Vor dem Hintergrund des dritten Golfkrieges im Irak hat sich die Polarisierung unter den Autonomen massiv verstärkt und teilweise zu irreparablen Zerwürfnissen geführt.

Nichtsdestoweniger blieb das Personenpotenzial der autonomen Szene in den vergangenen zehn Jahren weitgehend konstant. Nach Angaben des Verfassungsschutzes wuchs die Anzahl von 2.300 Anhängern im Jahr 1990 auf 7.100 Autonome im Jahr 2001 an. Nach einem Rückgang Anfang der 2000er-Jahre auf etwa 5.500 Personen umfasste die autonome Szene von 2006 bis 2012 zwischen 6.000 und 6.500 Anhänger und beläuft sich gegenwärtig (Stand: 2019) auf rund 7.000.²⁴ Die fehlenden bzw. fluiden Strukturen in der Szene, die Überschneidungen zu anderen Subkulturen (Punks, Anarchisten) und die kurze Verweildauer im Lager der Autonomen erschweren genauere Aussagen zur Zusammensetzung der einzelnen Gruppen. Es existieren personelle Berührungspunkte zu kapitalismuskritischen (Occupy) und ökologischen

(Attac) Protestbewegungen; dauerhafte Gruppenstrukturen sind dagegen selten. Häufig handelt es sich um spontan gebildete, kleinere Kreise, die im Zuge bestimmter Aktionen gebildet werden, z.B. im Vorfeld von Demonstrationen. Die wichtigste Dachorganisation innerhalb der autonomen Szene bildet die europaweit agierende „Antifaschistische Aktion“, die den Kampf gegen den Rechtsextremismus auf überregionaler und internationaler Ebene organisiert.

Abbildung: Straf- und Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund (1999-2017)



Quelle: Eigene Zusammenstellung nach den Verfassungsschutzberichten des BMI.

In diesem Kontext entwickelten sich die Proteste gegen die Demonstrationen von Rechtsextremisten – und im Zuge dessen gegen die Polizei – zum zentralen Handlungsfeld der Autonomen. Die Szene verfolgt eine Art Doppelstrategie. Zum einen sucht sie den Schulterchluss mit dem demokratischen Engagement gegen Rechtsaußen, beteiligt sich an Demonstrationen und inszeniert sich als Teil des friedlichen Protests. Zum anderen eskaliert die Gewalt regelmäßig durch die Provokationen des „Schwarzen Blocks“ – oft gegenüber der Polizei und den demokratischen Demonstranten. Neben dem Antifaschismus gehören die teils gewaltsamen Proteste gegen die Globalisierung (G7 bzw. G8 und G20-Gipfel), gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und gegen die Gentrifizierung zu den Handlungsfeldern der Autonomen. Aber auch Angriffe auf Banken, Unternehmen und öffentliche Behörden, Brandanschläge auf Luxusautos und Wohnhäuser sowie Attacken im Bereich der Cyberkriminalität gehören zum Repertoire der Aktivitäten. Zu „Feiertagen“ der Autonomen zählen die Straßenschlachten am 1. Mai in Hamburg und Berlin. Anlässlich der Eröffnung der neuen Zentrale der Europäischen Zentralbank (EZB) Mitte März 2015 in Frankfurt waren auch viele Autonome an den massiven Ausschreitungen beteiligt, die eine gan-

ze Stadt ins Chaos stürzten. Traurigen Höhepunkt stellten im Juli 2017 die tagelangen Ausschreitungen vor und während des G20-Gipfels in Hamburg dar. Einmal mehr zeigte sich die organisatorische Unübersichtlichkeit innerhalb der autonomen Szene. Neben den Organisatoren der „Welcome-to-Hell“-Demonstrationen des Hamburger Autonomen-Zentrums „Rote Flora“ agierten in verschiedenen Stadtteilen mehrere „Schwarze Blöcke“, darunter viele zugereiste Randalierer aus ganz Deutschland und vor allem aus Südeuropa. Im Unterschied zum Linksterrorismus streben die Autonomen allerdings keine gezielten Tötungen an, was eine Gewalteskalation mit Todesfolge jedoch nicht ausschließt.

3. Abschließende Beurteilung

Die politische Bedrohung auf der Ebene der Parteien ist durch die orthodoxen DKP und MLPD wegen ihrer Bedeutungslosigkeit zu vernachlässigen – bei Wahlen erzielen sie, wenn überhaupt, Ergebnisse im Promillebereich. In den gesellschaftlichen Diskursen spielen sie so gut wie keine Rolle. Weite Teile der Partei Die Linke stellen ideologisch-programmatisch kaum eine Gefahr für die Demokratie dar. Die Mehrheit ihrer Anhänger bejaht das demokratische System, und auch die Regierungsbeteiligungen der Partei auf Landesebene lassen wenig Zweifel daran aufkommen. Zugleich bestehen zwischen der Partei und der autonomen Szene im Kampf gegen den Rechtsextremismus vielfältige organisatorische wie inhaltliche Berührungspunkte, vor allem bedingt durch die Westausdehnung der PDS. Im Gegensatz zur anfänglichen Erwartung führte die Fusion mit der „Wahlalternative für soziale Gerechtigkeit“ (WASG) nicht zu einer Mäßigung, sondern zu einer Radikalisierung der Linken. In der Partei gibt es einen mehr oder weniger offenen Konflikt zwischen ostdeutschen Reformern und westdeutschen Hardlinern. Ist die Partei Die Linke im Osten stärker verankert als im Westen, befinden sich mit Ausnahme von Leipzig und (Ost-)Berlin die Zentren der autonomen Szene in den Universitätsstädten des Westens.

Anders sieht es mit der gesellschaftlichen Bedrohung durch militant-gewaltbreite Gruppierungen und konspirative Zirkel aus. Terroristische Strukturen existieren im Linksextremismus – anders als in den 1970er und 1980er-Jahren – nach dem Ende der RAF (derzeit) nicht mehr. Dafür ist der subkulturelle Linksextremismus seit der Wiedervereinigung gewachsen. Wegen seiner Legitimation als Partner des antifaschistischen Kampfes genießt er bei Teilen des demokratischen linken Spektrums Sympathien. Zugleich hat sich die Gewaltbereitschaft der autonomen Szene in den vergangenen Jahren erhöht. Gegenüber dem subkulturellen Rechtsextremismus besitzt die Antifa einen weitaus höheren Organisations- und Professionalisierungsgrad. Das betrifft vor allem die internationale Zusammenarbeit der linken Szenen in Europa, wenngleich die rechtsextreme Szene aufgeholt hat. Informationsseiten im Internet, Rundmails, Ketten-SMS, Flyer-Aktionen und „Szene“-Blätter ermöglichen die schnelle und grenzübergreifende Mobilisierung ihres Klientels.²⁵

Von 2014 an, so der Verfassungsschutzbericht des BMI, beschleunigte sich der Trend zur Neuformierung der autonomen Szene, die durch den Aufbau bundesweiter

Strukturen mit Hilfe von Internetplattformen und sozialen Netzwerken ihre Zersplitterung überwinden möchte. Stilbildend hierfür: die Strömung der sogenannten „Postautonomen“. Die traditionelle Ablehnung von Großorganisationen nimmt ab, im Gegenzug entstehen autonome Kleinstgruppen, „die auch weiterhin verstärkt klandestine Gewaltaktionen verüben dürften.“²⁶ Das Ausmaß an Massenmilitanz der autonomen Szene liegt deutlich über dem des rechtsextremen Lagers. Auch die Mobilisierungsfähigkeit des nichtparteilichen Linksextremismus scheint in Deutschland mit einer ausgeprägten alternativen Szene deutlich das Anziehungspotenzial von Rechtsaußen zu übertreffen. Bei internationalen Spitzentreffen der Politik wie den G8- und G20-Gipfeln in Genua (2001), Heiligendamm (2007) und Hamburg (2017) kamen neben mehrheitlich friedensbewegten Demonstranten Tausende gewaltorientierte Linksextremisten aus ganz Europa zusammen und sorgten bei regelrechten Straßenschlachten für zahlreiche Verletzte auf Seiten der Autonomen wie der Sicherheitskräfte.

Die größere Schlagkraft des subkulturellen Linksextremismus hat eine weitere, grundsätzliche Ursache. Während die antiegalitäre Idee des Nationalismus eine internationale Kooperation rechtsextremer Gruppen gleichsam naturbedingt behindert, zumindest aber erschwert, und angeblich schlagkräftige Allianzen vielmals nicht mehr als diffuse Zweckbündnisse bilden, verbindet die linksextremen Kräfte – trotz der ideologischen und organisatorischen Vielgestaltigkeit der Organisationen – eine linke identitäre Weltanschauung mit klar definierten Feindbildern. Das ist in erster Linie der „Faschismus“, der weitgehend gleichgesetzt wird mit der parlamentarischen Demokratie und ihren Vertretern.

Dieser Beitrag stellt eine gekürzte, aktualisierte und vollständig überarbeitete Version dar. Tom Thieme/Thorsten Winkelmann/Hermann Ruch: Linksextremismus, in: Tom Mannewitz/Hermann Ruch/Tom Thieme/Thorsten Winkelmann: Was ist politischer Extremismus?, Frankfurt am Main 2018, S. 80-107.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2004, S. 23.
- 2 Vgl. hier und im Folgenden umfassend das Standardwerk der Extremismusforschung Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1993, S. 47-54.
- 3 Vgl. dazu ausführlich Armin Pfahl-Traughber, Kapitalismuskritik und Sozialismusforderungen. Fallstudien über deren Verhältnis zu Demokratie und Extremismus, in: Alexander Gallus/Thomas Schubert/Tom Thieme (Hrsg.), Deutsche Kontroversen, Baden-Baden 2013, S. 197-209.
- 4 Armin Pfahl-Traughber, Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014, S. 40.
- 5 Vgl. die gegensätzlichen Positionen von Eckhard Jesse, Ist die Linke eine extremistische Partei?, in: Gerhard Hirscher (Hrsg.), Linksextremismus in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven, in: Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 95, München 2014, S. 19-26 und Gero Neugebauer, Von der SED/PDS zur Partei Die LINKE. Oszillieren zwischen Demokratie und Extremismus, in: Ulrich Dovermann (2011), S. 95-122.
- 6 Zahlen aus dem Verfassungsschutzbericht des BMI 2018, S. 154-160.
- 7 Gesine Löttsch, Wege zum Kommunismus, in: Junge Welt vom 3. Januar 2011, S. 10.

- 8 Vgl. Björn Hengst/Philipp Wittrock, Eklat in Niedersachsen: Linken-Abgeordnete hat Sehnsucht nach der Stasi, in: Der Spiegel vom 14. Februar 2008, abrufbar unter:
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/eklat-in-niedersachsen-linken-abgeordnete-hat-sehnsucht-nach-der-stasi-a-535427.html> (Stand: 27.2.2019).
- 9 Vgl. Christian Lannert, „Vorwärts und nicht vergessen?“ Die Vergangenheitspolitik der Partei Die Linke und ihrer Vorgängerin PDS, Göttingen 2012.
- 10 Der Abschlussbericht der Kommission zur Stasi-Überprüfung der Abgeordneten des Landtages Brandenburg kam 2012 zu dem Ergebnis, dass sechs von 25 Abgeordneten der Partei Stasi-Mitarbeiter waren, darunter die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser (2005-2012).
- 11 Michael Jach, Linkspartei: Flirt mit Terroristen weltweit, in: Focus vom 18. August 2008, abrufbar unter:
http://www.focus.de/politik/deutschland/linkspartei-flirt-mit-terroristen-weltweit_aid_325761.html (Stand: 27.2.2019).
- 12 Vgl. hierzu die Statements unter: <http://www.ulla-jelpke.de/tag/pkk/> (Stand: 27.2.2019).
- 13 Lenz Jacobsen, Die Gegenwart der Linken ist schlimm genug, in: Die Zeit vom 3. November 2014, abrufbar unter: www.zeit.de/politik/deutschland/2014-11/gauck-linke-ddr-sed-ramelow-kommentar (Stand: 27.2.2019).
- 14 Vgl. Jürgen P. Lang, Ist DIE LINKE eine demokratische Partei?, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 22, Baden-Baden 2010, S. 161-179, hier: S. 163.
- 15 Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen, Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn 2011, S. 92.
- 16 Vgl. Verfassungsschutzbericht des BMI 2018, S. 130.
- 17 So Helmut Müller-Enbergs, Eine stalinistische Sekte wird 40 Jahre alt – seit 25 Jahren heißt sie MLPD, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (2008), S. 167-184.
- 18 Rote Fahne, Gestern vor 20 Jahren starb Erich Honecker, vom 30. Mai 2014, abrufbar unter:
<https://www.rf-news.de/2014/kw22/30.05.14.-gestern-vor-20-jahren-starb-erich-honecker> (Stand: 27.2.2019).
- 19 Vgl. Programm der MLPD, Essen 2000, S. 44.
- 20 Siehe ausführlich Susanne Kailitz, Von den Worten zu den Waffen? Frankfurter Schule, Studententbewegung, RAF und die Gewaltfrage, Wiesbaden 2007.
- 21 Vgl. Udo Baron, Die linksautonome Szene, in: Ulrich Dovermann (Hrsg.), Linksextremismus in Deutschland, Bonn 2011, S. 231-245, hier: S. 233.
- 22 Vgl. Verfassungsschutzbericht des BMI 2018, S. 103.
- 23 Vgl. statt vieler ausführlich Uwe Backes/Eckhard Jesse, Autonome und Skinheads, in: Dies. (Hrsg.), Vergleichende Extremismusforschung, Baden-Baden 2005, S. 307-327, hier: S. 309-311.
- 24 Zahlen nach Verfassungsschutzberichten des BMI von 1990 bis 2018.
- 25 Vgl. hier und im Folgenden Eckhard Jesse/Tom Thieme, Extremismus in den EU-Staaten im Vergleich, in: Dies. (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden 2011, S. 431-482.
- 26 Vgl. Verfassungsschutzbericht des BMI 2014, S. 76f.